



Sebastian Döll, Dr. Silvia Stiller

Deutsche Großstädte im Vergleich

Ausgeprägte Unterschiede in den Standortbedingungen und Entwicklungstrends



Ein Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird in den 30 größten deutschen Städten produziert. In diesen leben 18,5 Mio. Menschen und sie bieten 11,4 Mio. Arbeitsplätze. Hierunter sind Berlin (3,4 Mio.), Hamburg (1,8 Mio.) und München (1,3 Mio.) die bevölkerungsreichsten Städte. Zu den kleineren Städten zählen Kiel, Chemnitz und Braunschweig mit rund 240.000 Einwohnern. Die ökonomischen Entwicklungsperspektiven dieser Städte hängen entscheidend davon ab, welche Auswirkungen der demografische Wandel auf sie hat und ob sie sich als attraktive Standorte für wissens- und forschungsintensive Unternehmen positionieren können, denn wissensbasierte Branchen sind zentrale Impulsgeber für die ökonomische Stadtentwicklung. Im HWWI/Berenberg-Städteranking werden die Zukunftsfähigkeit der Städte unter Berücksichtigung dieser Trends und die Disparitäten ihrer Standortbedingungen analysiert. Im Fokus stehen dabei Bildung, Internationalität und die demografischen Bedingungen.¹

Bedingungen für Stadtentwicklung im Wandel

In den nächsten Jahrzehnten werden wirtschaftsstrukturelle und demografische Veränderungen starken Einfluss auf die ökonomische Leistungsfähigkeit der deutschen Städte nehmen. Wissensintensive Dienstleistungsbranchen, beispielsweise Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung, Medien- und Kulturwirtschaft sowie forschungsintensive Industrien, werden voraussichtlich weiter expandieren, während „schmutzige“ Industrien zunehmend aus dem Stadtbild verschwinden werden. Im Zuge dieser Entwicklungen steigt die Bedeutung der Städte als Impulsgeber für regionales Wachstum an, weil die Unternehmen der Wissenswirtschaft dort vielerorts attraktive Standortbedingungen finden. Das Qualifikationsniveau der Stadtbevölkerung ist vergleichsweise hoch und Universitäten sowie Forschungseinrichtungen befinden sich überwiegend in urbanen Zentren. Die räumliche Nähe von Unternehmen in Städten fördert zudem den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Menschen, was Innovationen und die Weiterentwicklung von Technologien forciert (vgl. Glaeser 2008).

Demografische und ökonomische Entwicklungen gehen Hand in Hand

Die Bedingungen für die Stadtentwicklung werden von demografischen Umbrüchen beeinflusst. Während die Geburtenzahlen pro Frau in Deutschland während der vergange-

nen Jahrzehnte gesunken sind, hat die Lebenserwartung der deutschen Bevölkerung in diesem Zeitraum kontinuierlich zugenommen. Aufgrund dieser Entwicklungen werden die deutsche Bevölkerung sowie das Arbeitskräfteangebot in den nächsten Jahrzehnten altern und schrumpfen. Dieser generelle demografische Trend betrifft auch die deutschen Großstädte, wo eine Frau im Durchschnitt zwischen 1,3 und 1,4 Kindern bekommt (BBSR 2010). Jedoch profitieren viele Städte in Deutschland von der Anziehungskraft urbaner Räume, so dass sie auch bei generellem Bevölkerungsrückgang in Deutschland weiter wachsen.

Entscheidend dafür, ob die Bevölkerung einer Stadt wächst oder abnimmt, ist ihre Attraktivität für Zuwanderer. Gelingt es einer Stadt, Zuwanderer anzuziehen, so wirkt dies dem Rückgang der Bevölkerung und ihrer Alterung entgegen. Für die städtischen demografischen Entwicklungsperspektiven ist es bedeutsam, dass die Standortentscheidungen von Unternehmen und Arbeitskräften voneinander abhängen. Arbeitskräfte entscheiden auf der einen Seite über ihren Wohn- und Arbeitsort. Die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften ist auf der anderen Seite ein relevanter Faktor für die Standortentscheidung von Unternehmen. Demografische und ökonomische Entwicklungen gehen deshalb häufig Hand in Hand. Ökonomisch erfolgreiche Städte ziehen Arbeitskräfte an (Burkert et al. 2007), was ihre weiteren Entwicklungspotenziale positiv beeinflusst.

Die wachsenden deutschen Städte weisen im Zeitraum 2003 bis 2009 deutlich positive Wanderungssalden auf. München konnte als drittgrößte Stadt mit einem Wanderungssaldo von +76.018 die meisten Einwohner hinzugewinnen, Berlin

¹ Dieser Artikel basiert auf Ergebnissen von Döll, S./Stiller, S. (2010): HWWI/Berenberg-Städteranking 2010. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Berenberg Bank & HWWI (Hrsg.), Hamburg.



(+60.866) und Hamburg (+52.955) folgen dichtauf. Dresden (+38.856) und Leipzig (+30.118) realisierten ebenfalls hohe positive Zuwanderungssalden, die gemessen an ihren Bevölkerungszahlen relativ höher ausfielen als in den drei größten deutschen Städten. Dies ist ein wichtiger Indikator für die steigende Attraktivität dieser Städte und ihre Bedeutung als regionale Wachstumspole. Nur fünf der 30 größten deutschen Städte wiesen im Zeitraum von 2003 bis 2009 einen negativen Wanderungssaldo auf, und zwar Bochum, Chemnitz, Duisburg, Gelsenkirchen und Wuppertal, wobei diese Abwanderungen Bevölkerungsrückgänge in diesen Städten nach sich gezogen haben (vgl. Abb.1).

In diesem Zeitraum konnten 21 der 30 betrachteten Städte einen Bevölkerungszuwachs verbuchen, während es im deutschen Durchschnitt einen leichten Bevölkerungsrückgang von 0,7% gab. Hervorzuheben sind hierbei die demografischen Aufwärtstrends in Dresden (Bevölkerungszuwachs von 2003 bis 2009: +6,6%) und Leipzig (+4,2%), die mit München (+7,4%) und Frankfurt am Main (+3,9%) die Städte mit den höchsten Wachstumsraten sind. Damit heben sich Dresden und Leipzig deutlich von der demografischen Entwicklung in weiten Teilen Ostdeutschlands ab, die von Bevölkerungsrückgängen geprägt sind. Zugleich konnten diese sächsischen Städte ihre Bevölkerungsverluste, welche hier die demografische Entwicklung insbesondere in den neunziger Jahren geprägt haben, stoppen. Diese Trendumkehr ist hingegen zahlreichen schrumpfenden Städten in Westdeutschland nicht gelungen. Von den fünf Städten mit den größten Bevölkerungsverlusten liegen vier im Ruhrgebiet oder grenzen daran (Bochum, Duisburg, Gelsenkirchen und Wuppertal). Zudem gehört Chemnitz (-3,3%) zu den Städten mit den stärksten Bevölkerungsrückgängen.

Im Allgemeinen lässt sich für zahlreiche deutsche Großstädte im Zeitraum von 2003 bis 2009 ein Nebeneinander von steigenden Bevölkerungszahlen und einem Aufwärtstrend bei den Arbeitsplätzen beobachten (vgl. Abb. 1). In den 15 Städten mit den höchsten Zuwächsen bei den Erwerbstätigenzahlen hat die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 4% (Wiesbaden) und 9,3% (Berlin) zugenommen. Hingegen gab es in den Städten, wo die Zuwächse bei den Arbeitsplätzen relativ gering waren, häufig rückläufige Bevölkerungszahlen aufgrund der oben genannten Abwanderungen.

Bei Betrachtung der Einwohner- und Erwerbstätigenentwicklung (vgl. Abb. 1) fällt Bonn mit einer sehr guten ökonomischen und demografischen Entwicklung auf. Mit einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl in Bonn um 8,8% sind im Analysezeitraum nur in Berlin prozentual mehr Arbeitsplätze entstanden. Die Einwohnerzahl in der Dienstleistungsmetropole am Rhein ist um 2,9% gestiegen. Neben Berlin gehört auch Hamburg mit einem Wachstum der Erwerbstätigen von 8,7% sowie einem Einwohnerzuwachs von 2,6% zu den boomenden Regionen Deutschlands. Die etwa 275.000 Einwohner zählende Stadt

Münster konnte einen Zuwachs der Erwerbstätigen von 8,4% erreichen, bleibt aber bei der Bevölkerungsentwicklung hinter Leipzig und Bonn zurück.

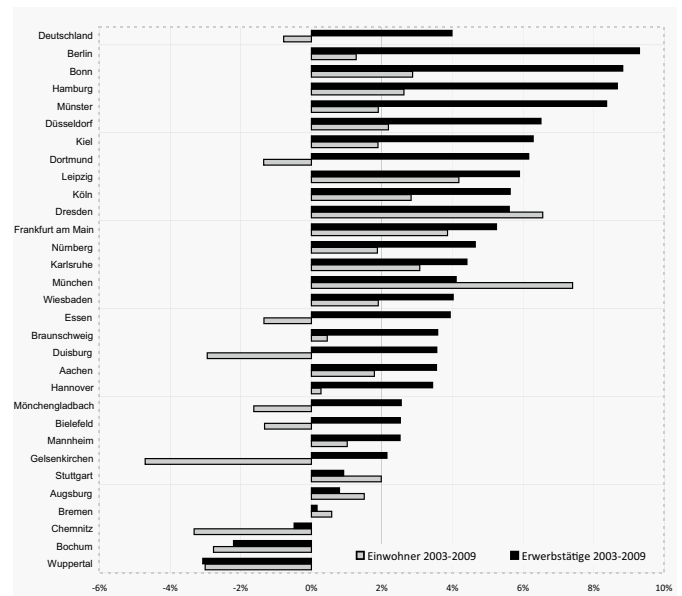


Abb. 1: Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenzahlen, 2003 bis 2009

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011); Berechnungen HWWI

Hinzuweisen ist zudem auf die besondere Situation Mannheims und Stuttgarts, die aufgrund ihrer relativ hohen Exportabhängigkeit überdurchschnittlich stark von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen gewesen sind. Dies hat die Erwerbstätigenentwicklung dieser Städte gebremst. Zudem ist die Bevölkerungsdynamik in diesen Städten deutlich verhaltener als in anderen deutschen Großstädten.

Weite Schere bei der Qualifikation der Beschäftigten

Bereits seit 1999 lässt sich beobachten, dass der Beschäftigungszuwachs in den deutschen Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern höher ausfiel als im Bundesdurchschnitt. Dies ist insbesondere auf die überdurchschnittlich positive Entwicklung der wissensintensiven Wirtschaftszweige in diesen Städten zurückzuführen (vgl. Geppert/Gornig 2010; Gehrke/Legler 2009).² Dabei haben diese Branchen einen vergleichsweise hohen Beschäftigungsanteil von hoch qualifizierten Arbeitskräften.

Hinsichtlich der Beschäftigung von hoch qualifizierten Arbeitskräften zeigt sich im Vergleich der deutschen Städte ein sehr

² Zu diesen Wirtschaftszweigen zählen die forschungsintensiven Zweige der Industrie und die wissensintensiven Dienstleistungen. Die FuE-intensiven Zweige der Industrie sind die wichtigsten Lieferanten von Technologien und umfassen alle Güterbereiche, in denen überdurchschnittlich forschungsintensiv produziert wird. Wissensintensive Dienstleistungen werden unter anderem anhand des Einsatzes von Akademikern sowie der Beschäftigung in Forschung, Entwicklung und Planung klassifiziert.



differenziertes Bild (vgl. Abb. 2), was in weiten Teilen die Unterschiede der Entstehung von Arbeitsplätzen widerspiegelt. Die altindustriellen Städte im Ruhrgebiet sind mit erheblichem Abstand am unteren Ende der Skala angesiedelt. Gelsenkirchen kommt auf einen Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte an allen Beschäftigten von 5,9% und in Duisburg beträgt diese Quote 6,7%. Es folgen weitere Ruhrgebietsstädte. Etwa viermal so hohe Anteile wie in Gelsenkirchen weisen die Städte Bonn (23,6%) und Dresden (22,9%) auf.

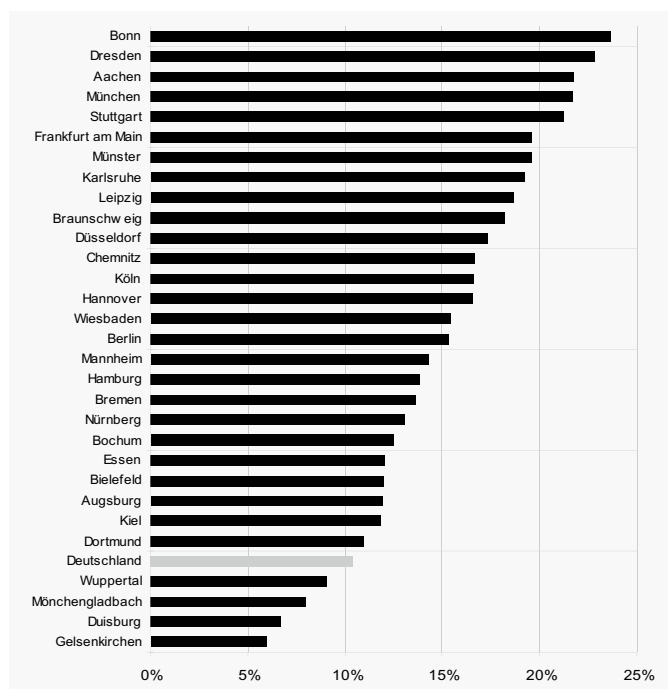


Abb. 2: Anteil der Beschäftigten mit Fach-, Fachhoch- oder Hochschulabschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 2009
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2010); Berechnungen HWWI

Das Bildungsniveau der Beschäftigten ist von hoher Bedeutung für ihre Fähigkeit, Innovationen sowie technologische Neuerungen hervorzubringen und zu adaptieren (vgl. Rauch 1993). Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für den Strukturwandel zur „Wissensökonomie“. Gleichzeitig ist die Qualifikation der Bevölkerung relevant für die Innovationsfähigkeit auf der Ebene der Unternehmen. Ein wichtiger Indikator für den „Innovationsoutput“ sind die Patentanmeldungen. Städte mit unterdurchschnittlichen Anteilen von (hoch) qualifizierten Beschäftigten an allen Beschäftigten weisen geringere Patenterfolge auf als Städte, in denen das Qualifikationsniveau der Beschäftigten vergleichsweise hoch ist (vgl. Bräuninger/Stiller 2008).

Aufgrund der anstehenden wirtschaftsstrukturellen Veränderungen wird der Bedarf an (hoch) qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland zukünftig weiter expandieren (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Es gibt Argumente dafür, dass der wissensbasierte wirtschaftsstrukturelle Wandel die Attraktivität von Städten für Fachkräfte weiter erhöht, beispielsweise aufgrund des vielfältigen Arbeitsplatzangebotes

und der diversifizierten Forschungs- und Bildungslandschaft. Zudem ziehen veränderte Ansprüche an die Lebensqualität, zum Beispiel im kulturellen Bereich, immer mehr (hoch) qualifizierte Menschen in Städte, so dass Unternehmen hier ein potenziell höheres Arbeitsangebot für wissensintensive Branchen vorfinden (vgl. Geppert/Gornig 2010).

HWWI/Berenberg-Städteranking

Ihre Funktion als Standort der Wissenswirtschaft kann eine Stadt besonders dann ausbauen, wenn die Standortfaktoren für die entsprechenden Branchen gegeben sind und günstige demografische Aussichten herrschen. Das HWWI/Berenberg-Städteranking befasst sich vor dem Hintergrund des wissensbasierten Strukturwandels mit den Rahmenbedingungen für ökonomische Aktivitäten in den 30 größten deutschen Städten. In der Analyse werden Indikatoren aus den Bereichen „Bildung und Innovationsfähigkeit“, „Internationalität“, „Erreichbarkeit“, „Demografie“ und „ökonomische Dynamik“ zusammengefasst.

Dieser Städtevergleich zeigt eine deutliche Differenzierung zwischen den Städten hinsichtlich der Standortfaktoren. Frankfurt dominiert in diesem Bereich. Die Stadt ist durch die höchste Internationalität – gemessen am Ausländeranteil an den Beschäftigten sowie der Anziehungskraft für ausländische Touristen und Studierende – sowie die beste verkehrliche Erreichbarkeit europäischer Metropolen geprägt. Ferner zeichnet sich die Mainmetropole durch sehr gute Bedingungen hinsichtlich der Innovationsfähigkeit und Bildung aus: 19,6% aller Beschäftigten haben hier einen Fach-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. München (Platz 2) und Düsseldorf (Platz 3) glänzen ebenfalls durch ihre Internationalität und insbesondere Düsseldorf durch seine Erreichbarkeit, welche die zweitbeste in Deutschland ist.

Am unteren Ende bei der Bewertung der Standortfaktoren befinden sich Chemnitz, Kiel, Leipzig, Bielefeld und Dresden, die eine relativ ungünstige Erreichbarkeit aufweisen und auch bei der Internationalität weit hinten platziert sind. Hervorzuheben ist dennoch, dass sich Dresden und Leipzig hinsichtlich ihrer Standortbedingungen, insbesondere im Bereich Bildung, von dieser Gruppe positiv abheben und sich ihre Internationalität zunehmend verbessert.

Zahlreiche Städte befinden sich in einer demografischen Abwärtsspirale

Auch bei der zukünftig erwarteten demografischen Entwicklung ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen den Städten: Während aktuelle Bevölkerungsprognosen für zahlreiche Städte – insbesondere für München, eine Reihe von Städten in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf, Köln und Münster), Berlin, Leipzig und Dresden – hohe Bevölkerungszuwächse und eine Zunahme der Bevölkerung unter 20 Jahren vorhersa-



	2010	2008	Veränderung
Frankfurt a. Main	1	1	→
München	2	2	→
Düsseldorf	3	11	↑
Bonn	4	9	↑
Köln	5	7	↑
Wiesbaden	6	4	↑
Hamburg	7	7	→
Berlin	8	24	↑
Dresden	9	5	↓
Hannover	10	15	↑
Leipzig	11	25	↑
Aachen	12	14	↑
Karlsruhe	13	6	↓
Nürnberg	14	17	↑
Münster	15	21	↑
Stuttgart	16	3	↓
Duisburg	17	21	↑
Bremen	18	16	↓
Augsburg	19	12	↓
Dortmund	20	10	↓
Essen	21	19	↓
Braunschweig	22	20	↓
Mannheim	23	13	↓
Kiel	24	-	-
Gelsenkirchen	25	28	↑
Mönchengladbach	26	18	↓
Bielefeld	27	23	↓
Wuppertal	28	29	↑
Bochum	29	27	↓
Chemnitz	30	30	→

Abb. 3: HWWI/Berenberg-Städteranking: Platzierungen 2010 und 2008
 Quelle: Für eine ausführliche Erläuterung der Berechnung der Indikatoren sowie der Rankingergebnisse siehe Döll/Stiller (2010)

gen, könnte die demografische Entwicklung in den Städten mit strukturellen ökonomischen Problemen deutlich anders verlaufen (vgl. Döll/Stiller 2010). Betrachtet man die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen, so besteht die Gefahr, dass sich die Schere zwischen den dynamischen, ökonomisch erfolgreichen Städten auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Städten, die teils massive Bevölkerungsverluste zu verkräften haben, weiter öffnet.

Dies verdeutlicht das HWWI/Berenberg-Städteranking, welches die Unterschiede der Standortfaktoren und der Entwicklungsdynamiken zusammenfasst (vgl. Abb. 3). An der Spitze dieses Vergleichs der 30 größten deutschen Städte befinden sich im Ranking von 2010 – wie bereits 2008 – Frankfurt am Main, gefolgt von München, Düsseldorf und Bonn. Für die vier Städte an der Spitze des Rankings können die gegenwärtigen

Bedingungen und die Entwicklungsperspektiven in der nahen Zukunft insgesamt als sehr günstig bewertet werden, weil sie bei keiner der betrachteten Standortbedingungen ausgeprägte Defizite haben und sowohl demografisch als auch ökonomisch stabile Entwicklungstrends aufweisen.

Hervorzuheben sind zudem die Platzierungen von Berlin, Leipzig und Dresden, die sich in der jüngeren Vergangenheit durch eine hohe Dynamik auszeichneten und günstige demografische Prognosen aufweisen. Berlin erreicht im jüngsten Städtevergleich Platz sechs, was ein Indikator für die sich aufhellenden Zukunftsaussichten der deutschen Hauptstadt ist (vgl. Döll/Stiller 2011). Am unteren Ende der Skala sind Chemnitz, Bochum und Wuppertal platziert. Diese Städte weisen in allen Teilbereichen relativ ungünstige Voraussetzungen auf und die ökonomische Entwicklung verläuft sehr verhalten.

Sebastian Döll, Junior Researcher, Hamburgisches Welt-Wirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg

Dr. Silvia Stiller

Forschungsdirektorin, Hamburgisches Welt-Wirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg

Quellen:

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010 – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bundesministerium für Bildung und Forschung, [http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf].
- Bräuninger, M./Stiller, S. (2008): HWWI/Berenberg-Städteranking: Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Berenberg Bank, Hamburg.
- Bundesagentur für Arbeit (2010): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der Berufsausbildung am Wohnort, Nürnberg.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2010): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR) 2010, CD-ROM, Bonn.
- Burkert, C./Niebuhr, A./Wapler, R. (2007): Regional Disparities in Employment of High-Skilled Foreigners – Determinants and Options for Migration Policy in Germany, HWWI Research Paper 3-7.
- Döll, S./Stiller, S. (2010): HWWI/Berenberg-Städteranking 2010. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Berenberg Bank & HWWI (Hrsg.), Hamburg.
- Döll, S./Stiller, S. (2011): HWWI/Berenberg-Städteranking 2010. Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich: BERLIN, Berenberg Bank & HWWI (Hrsg.), Hamburg.
- Gehrke, B./Legler, H. (2009): Forschungs- und wissensintensive Wirtschaftszweige. Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland sowie Qualifikationsanforderungen im europäischen Vergleich, Studien zum deutschen Innovationssystem, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Hannover.
- Geppert, K./Gornig, M. (2010): Mehr Jobs, mehr Menschen: die Anziehungskraft der großen Städte wächst, in: Wochenbericht des DIW Berlin 19, S. 2-10.
- Glaeser, E. (2008): Cities, agglomeration and spatial equilibrium. Oxford University Press. Oxford und New York.
- Rauch, J. E. (1993): Productivity gains from geographic concentration of human capital: Evidence from the cities, in: Journal of Urban Economics, Vol. 34, S. 380-400.
- Siedentop, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 193-210.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.